

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adameitz

17. Mai 1949

Blatt 527

Geehrte Redaktion !

=====

Am Samstag, den 21. Mai, wird das bekannte Sanatorium "Hera", das der Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien gehört, feierlich wiedereröffnet.

Sie werden herzlich eingeladen, einen Vertreter Ihres Blattes zu entsenden. Treffpunkt: Wien 9., Löblichgasse 14, um 10.45 Uhr.

Personalverminderung im Hauptwirtschaftsamt

=====

Das Hauptwirtschaftsamt, dessen wichtigste Aufgabe es war, in den schweren Kriegs- und Nachkriegsjahren die Wiener Bevölkerung mit den notwendigsten Bedarfsgütern nach den gesetzlichen Bestimmungen zu versorgen, hatte bei Kriegsende einen Personalhöchststand von 322 Personen. Die seit der Währungsregulierung immer kräftiger in Erscheinung tretende Belebung der Wirtschaft ermöglichte schon im Vorjahre einen etappenweisen Abbau der Bewirtschaftungsmassnahmen, der im Hauptwirtschaftsamt zu einer wesentlichen Verringerung des Personals führte. Ende 1948 waren dort nur mehr 200 Personen beschäftigt.

Die weitere Aufhebung verschiedener Bewirtschaftungsmassnahmen, z.B. in den letzten Monaten die der Textilien und der Schuhe, bewirkte eine weitere Reduzierung des Personalstandes, der derzeit 112 Personen beträgt.

Diese Ziffer entspricht einem Drittel des oben genannten Höchststandes. Die Wirkung der verschiedenen Freigaben wird aber noch viel deutlicher, wenn in Betracht gezogen wird, dass von dem seinerzeitigen Personal der über 200 Karten- und Verrechnungsstellen in Wien rund ein Drittel ausschliesslich mit den Agenden des Hauptwirtschaftsamtes beschäftigt war. Dieses

Drittel, das sind rund 500 Personen, konnte nun von den gegenwärtig noch amtierenden 114 Kartenstellen abgezogen werden. Soweit bei anderen Dienststellen Bedarf vorhanden war, wurden diese Beamten dorthin versetzt.

Dem Wunsche der Wiener Bevölkerung, den Verwaltungsapparat den jeweiligen Erfordernissen anzupassen, um jeden Leerlauf zu verhindern, ist auf diese Weise im Hauptwirtschaftsamt weitgehend Rechnung getragen worden.

Gesetzentwurf für eine Überhöhungsabgabe =====

In der heutigen Sitzung des Wiener Stadtsenates als Landesregierung wurde u.a. eine Abänderung der derzeit geltenden Fassung des Gesetzes über die Einhebung von Zuschlägen zu den Bundesgebühren auf Totalisateur- und Buchmacherwetten, sowie ein Gesetzentwurf über die Einhebung einer Überhöhungsabgabe für Bauten, bei denen die Maximalhöhe der Bauklasse überschritten wird, beschlossen. Die Überhöhungsabgabe hatte eine längere Debatte zur Folge, an der sich außer Stadtrat Resch, der das Gesetz referierte, vor allem Bürgermeister Dr.h.c. Körner, Vizebürgermeister Weinberger und Stadtrat Dr. Exel beteiligten. Professor Brunner, der Leiter der Stadtplanung, erläuterte die baufachmännischen Gründe, die diese Abgabe verlangen. Der Entwurf wurde ohne die Stimmen der ÖVP angenommen. Beide Gesetze werden in der nächsten Sitzung des Wiener Landtages behandelt werden.

Wegen der ständigen Zunahme des Fahrzeugsverkehrs durch die Innere Stadt hat die Wiener Landesregierung nach einem von Stadtrat Afritsch gehaltenen Referat ein Parkverbot für eine Seite der Kärntnerstraße beschlossen. Eine entsprechende Kundmachung wird noch verlautbart werden.

Am Donnerstag Gemeinderatssitzung =====

Der Wiener Gemeinderat hält am Donnerstag, den 19. Mai, um 11 Uhr, eine Sitzung ab. Auf der umfangreichen Tagesordnung stehen auch die neuen Tarife für Gas, Strom und Straßenbahn.

Zusammenschluß junger Schriftsteller

=====

Im Verband demokratischer Schriftsteller und Journalisten Österreichs hat sich eine Sektion junger Schriftsteller konstituiert, die sich den persönlichen Kontakt, den Ideenaustausch, die Diskussion aller die Jugend betreffenden Fragen auf literarischem Gebiet zum Ziel gesetzt hat. Sie beabsichtigt, die Öffentlichkeit mit den literarischen Leistungen ihrer Mitglieder und Problemen ihrer Generation durch Vorträge und Publikationen bekannt zu machen.

Das neue Stadionbad

=====

Die Vertreter der Wiener Presse besichtigten heute nachmittag die neuaufgebaute Schwimm- und Sportanlage des Wiener Stadions, die zu den schönsten Sommerbädern Wiens zählt. Das Bad wurde während des Krieges fast vollkommen zerstört. Der Badebetrieb konnte bis jetzt nur provisorisch geführt werden. Die besondere Beliebtheit dieses Bades wurde in den Nachkriegsjahren dadurch gekennzeichnet, daß bei 2.000 vorhandenen Umkleidegelegenheiten, oft bis zu 14.000 Badegäste gezählt wurden.

Seit November wurde am Aufbau der Anlage gearbeitet und schon am nächsten Freitag wird das neue Bad mit 3.400 Kästchen, 740 Kabinen, Liegeterrassen und Sportanlagen eröffnet. Umgeben vom herrlichen Naturpark des Praters, präsentiert sich das Stadionbad wieder als eine Erholungsstätte, die allen modernen Anforderungen gewachsen ist. Dieses Bad hat außerdem noch die seltene Möglichkeit einer räumlichen Erweiterung, die ebenfalls bereits begonnen hat und zum größten Teil noch im Laufe des Sommers verwirklicht sein wird.

Vor dem Rundgang durch die Badeanlage wurden die Pressevertreter von Stadtrat Dr. Exel begrüßt. Der Stadtrat würdigte in einer kurzen Ansprache die hervorragende Leistung der am Bau beteiligten Architekten, Bauleiter und Arbeiter und sprach ihnen zugleich seinen Dank aus.

Das Notopfer der Gemeinden für den Bund

=====

Heute nachmittags fand im Wiener Rathaus unter dem Vorsitz der Bürgermeister Dr. Körner, Wien, und Bürgermeister Dr. Speck, Graz, eine Sitzung der Geschäftsleitung und des Finanzausschusses des Österreichischen Städtebundes statt. Der Wiener Finanzreferent Stadtrat Resch berichtete über das Verlangen der Bundesregierung, zur Sanierung des Bundeshaushaltes von den Ertragsanteilen der Länder und Gemeinden einen einmaligen Beitrag von 300 Millionen Schilling zu leisten. Die Aufteilung dieses Notopfers auf die Länder und Gemeinden erfolgt auf Grund einer Vereinbarung, die zwischen den Finanzreferenten der Länder, dem Österreichischen Städtebund und dem Österreichischen Gemeindebund abgeschlossen wurde, wobei sich die Städte und Gemeinden bereit erklärt haben, zum Ausgleich der Lasten je 10 Prozent der Erträge der Grundsteuer und der Gewerbesteuer der Jahre 1949 und 1950 den Bundesländern abzutreten. Die mit der Bundesregierung getroffene Vereinbarung über dieses Notopfer sieht ferner vor, daß 150 Millionen Schilling von den Abgabenertragsanteilen der nächsten 7 Monate d.J. und 150 Millionen Schilling in 12 Monatsbeträgen von den Abgabenertragsanteilen des Jahres 1950 in Abzug gebracht werden. Die zweite Hälfte des Notopfers wird in der Form kurzfristiger Darlehen der den Gemeinden und Ländern nahestehenden Kreditinstitute noch in diesem Jahre flüssig gemacht. Diese Kredite werden vom Bund durch vierprozentige Bundesschatzscheine gedeckt.

In einer mehrstündigen Diskussion haben die Vertreter der Städte die Schwierigkeiten der Gemeindefinanzen dargelegt, die durch die Steigerung des eigenen Lohnaufwandes und durch das Opfer, das ihnen zugunsten des Bundes auferlegt wird, noch verschärft werden. Sie haben jedoch die Notwendigkeit einer Sanierung des Bundeshaushaltes und damit die Sicherung der Österreichischen Währung anerkannt und dem von den Ländern und Gemeinden begehrten Notopfer zugunsten des Bundes zugestimmt.

In Anwesenheit von Vertretern der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten haben die Städtevertreter sodann nach einem Referat des Vizebürgermeisters Honay eine Reihe von Personalfragen beraten. Der Städtebund hat den mit der Gewerkschaft vereinbarten Personalzulagen für Mehrdienstleistungen seine Zustimmung erteilt und beschlossen, analog den zu erwartenden Beschlüssen des Bundes für die Bundesbediensteten auch den Gemeindebediensteten in diesem Jahr einen 13. Monatsbezug und die in dem Lohnabkommen vorgesehene Lohn- und Gehaltserhöhung auszus zahlen.